



**Stadt
Luzern**

Stadtrat

Stellungnahme

zum

Postulat 117

Claudio Soldati und Cyrill Studer Korevaar
namens der SP/JUSO-Fraktion
vom 2. August 2017
(StB 706 vom 8. November 2017)

**Wurde anlässlich
Ratssitzung vom
30. November 2017
überwiesen und
abgeschrieben.**

Erfolgreiche PPP nur mit früher Beteiligung der Bevölkerung

Der Stadtrat nimmt zum Postulat wie folgt Stellung:

In ihrem Vorstoss erläutern die Postulanten die Leitsätze 1 bis 7 aus dem «Praxisleitfaden PPP Schweiz Hochbau» und bitten den Stadtrat, zukünftig entsprechend zu verfahren.

Aus Sicht des Stadtrates sind die dargelegten Leitsätze im Grundsatz stimmig und sinnvoll. Sie entsprechen den demokratischen Spielregeln in unserem Lande und passen auch zur Gemeindeordnung und zu den Regeln, die in der Stadt Luzern gelten. Der Stadtrat verzichtet an dieser Stelle darauf, näher auf die sich stellenden Definitionsfragen einzugehen. Der Begriff Public-Private-Partnership PPP wird unterschiedlich verstanden. Im Prinzip will eine PPP im Rahmen eines Projekts Interessen der öffentlichen Hand, des Staates, und Interessen Privater erfolgreich verbinden, damit beide Parteien von der Umsetzung eines Projekts profitieren können. Es sind also Interessen beider Seiten zu gewichten und zu berücksichtigen; gleichzeitig sind sie auf die demokratischen Spielregeln der Öffentlichkeit abzustimmen. Gegenseitiges Vertrauen, das gemeinsame Wollen und die Überzeugung, zusammen etwas zu schaffen, das möglichst vielen zugutekommt, sind dabei wichtig. Es gibt in der Stadt Luzern viele Projekte – nicht nur die immer wieder zitierten KKL Luzern und Sportarena Allmend –, die zeigen, dass dies gelingen kann: Lido, Seebad, zahlreiche Sportanlagen von Vereinen, kleinere Kultureinrichtungen und -betriebe, Sozialprojekte usw.

Die Postulanten führen zwei Projekte auf, die im Jahr 2016 aus unterschiedlichen Gründen abgebrochen werden mussten, bevor es zu parlamentarischen Entscheiden kommen konnte. Beim «Parkhaus Musegg» beruhte der Abbruch auf einem Entscheid des Stadtparlaments, bevor überhaupt ein parlamentsreifes Projekt vorlag; beim Projekt «Salle Modulable» lag – gestützt auf den Planungsbericht aus dem Jahr 2014 – eine parlamentarische Vorlage vor, die in der vorberatenden Kommission der Stadt auch eine Mehrheit gefunden hatte. Das Projekt wurde schliesslich vom Kantonsrat im ordentlichen parlamentarischen Verfahren abgelehnt.

Beide Projekte kamen also bereits im Vorfeld, also bevor eine eigentliche PPP gebildet wurde, zu einem Ende. In beiden Fällen waren es politische Behörden, die die Projekte beendeten. Somit kann aus diesen Beispielen nach Meinung des Stadtrates nicht die Schlussfolgerung gezogen werden, sie wären grundsätzlich an einem Demokratiedefizit oder am mangelnden Einbezug der Politik gescheitert. Der Stadtrat stellt denn auch fest, dass die privaten Initianten beider Projekte grosse Anstrengungen unternommen haben, mit den politischen Gremien in einen Dialog zu kommen. In beiden Fällen kam es denn auch zu einem durchaus anregenden Austausch.

Aus Sicht des Stadtrates ist darum an diesen Beispielen vielmehr zu analysieren, welche Möglichkeiten es gegeben hätte, frühzeitig das Parlament einzubeziehen, um zu klären, ob ein Projekt überhaupt angepackt werden sollte. Das geeignete parlamentarische Instrument dafür ist – wenn die Exekutive aktiv werden will – der Planungsbericht. Der Stadtrat kommt darum zum Schluss, dass es bei Inangriffnahme grösserer Vorhaben, gerade auch in Zusammenarbeit mit Privaten, sinnvoll sein kann, mittels Planungsberichts mit dem Parlament zu klären, wie vorgegangen werden kann und soll. Andere Instrumente zur Abstimmung von Aktivitäten des Stadtrates mit den Absichten des Parlaments sind überwiesene Motionen oder Initiativen, die vom Volk beschlossen werden. In diesen Fällen bekundet das Parlament seinen Willen und beauftragt den Stadtrat direkt, in bestimmter Richtung aktiv zu werden.

Grosse Projekte können vor allem dann erfolgreich umgesetzt werden, wenn sie gut kommuniziert sind, wenn die Öffentlichkeit umfassend informiert wird und wenn insbesondere auch die politischen Entscheidungsträger in Parteien und Fraktionen über die notwendigen Informationen verfügen. Zentral ist ferner ein laufender und guter Einbezug und Kontakt mit anderen interessierten Kreisen. Darum erstellt die Stadt in der Regel im Zusammenhang mit solchen Projekten Kommunikationskonzepte und integriert die Information als wesentliches Element in die jeweiligen Projektorganisationen. Dies alles gilt nicht nur, aber auch für PPP-Projekte. Es wäre nicht ganz fair, dem Stadtrat in der Vergangenheit oder im Zusammenhang mit konkreten Projekten unterstellen zu wollen, diese Ziele nicht verfolgt zu haben. Gerade aber bei PPP-Projekten sind die Kommunikationsbedürfnisse der involvierten privaten Partner und diejenigen der öffentlichen Hand nicht immer ganz deckungsgleich – es ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor, ob man im konkreten Projekt diesbezüglich eine gemeinsame Sprache findet.

Der Stadtrat betrachtet es als grundsätzliche Aufgabe, Projekte möglichst so zu organisieren und aufzugleisen, dass sie erfolgreich abgewickelt werden können. Der Stadtrat sieht sich also mit den Postulanten als weitgehend einig. Er ist bestrebt, gemachte Erfahrungen laufend in seine Arbeit einzubeziehen und seine Lehren zu ziehen. Allerdings will der Stadtrat davon absehen, starre und allgemeine Regeln für das Vorgehen vorzugeben. Gerade PPP-Projekte sind Einzelfallprojekte. Sie hängen stark von den beteiligten Personen und Institutionen ab. Bisher waren und sind Stadtrat und Verwaltung bei PPP-Projekten stets bestrebt, Prozesse und Vorgehensweisen zu definieren, die die Mitsprachemöglichkeiten des Parlaments beachten – dies im Wissen darum, dass am Ende ohnehin parlamentarische Entscheide nötig sind, wenn die Stadt sich finanziell oder in anderer relevanter Art engagieren soll.

Oftmals stehen diese Bedürfnisse des parlamentarischen Betriebs in einem Gegensatz zu den Absichten der Privaten, die oftmals vor allem zeitlich andere Vorstellungen haben. Es hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass Projekte daran scheitern können. Es ist somit viel Geschick und Will-

len aller Projektbeteiligten notwendig, damit die Projekte Erfolg haben. Daran werden auch die durchaus richtigen Leitsätze nichts ändern.

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen und beantragt gleichzeitig – da es sich um eine Daueraufgabe handelt – dessen Abschreibung.

Stadtrat von Luzern

